

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Wochenspenden der Gewerkschaften und sonstigen Vereinen am Sonntag den 15. Juli 1922. Der Preis beträgt monatlich 20.00 M., vierteljährlich 55.00 M., halbjährlich 105.00 M., jährlich 200.00 M. Auf dem Lande 25.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 70.00 M., halbjährlich 135.00 M., jährlich 260.00 M. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Preisveränderungen hat der Bezahler seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöhlitz, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Er erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöhlitz, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 163

Sonabend den 15. Juli 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Wegen Reinigung bleiben die Geschäftsräume im Verwaltungsgebäude Montag den 17. und Dienstag den 18. Juli 1922 geschlossen.

Dringliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11 bis 12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 12. Juli 1922.

Der Stadtrat.

Vom 17. bis 31. Juli 1922 sollen die Schornsteine im hiesigen Stadtbezirk gereinigt werden.

Wilsdruff, am 12. Juli 1922.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Im Reichstage ist durch ein Eingreifen der Gewerkschaften in die Beratungen über das Gesetz zum Schutz der Republik eine neue Spannung hervorgerufen worden.

Die Essener Verhandlungen über den Tarif im Ruhrbergbau haben zu einer Einigung geführt.

Die Rörder Mordanschläge werden jetzt, nachdem sich die bisherige Spur als irreführend herausgestellt hat, im Harz gesucht.

Nach Pariser Meldungen soll in einer vorläufigen Antwort der Reparationskommission die von Deutschland erbetene Zurückbehaltung der fälligen Juli-Rate zugesprochen werden.

Die Verhandlungen der Internationalen Konferenz im Haag über die russische Frage sind bisher ergebnislos verlaufen und drohen vollständig zu scheitern.

Pfänderspiel?

Das neue Moratoriumsgesetz der deutschen Regierung bei dem Reparationsausschuss in Paris hat dort und in London zunächst wie ein starker Steinwurf in einen mächtig verpumpten Leich gewirkt. Seitdem das Internationale Bankenkomitee die französische Hauptstadt verlassen hatte, unter Überleitung einer Denkschrift an die Entente-regierungen voll ernster Wahrheit über den Stumpf-sinn einer Machtpolitik, die Europa sehenden Auges völligen Ruin entgegenstellt, war es wieder still geworden über die Reparationsfrage; knapp daß man sich mit den Sachlieferungsverträgen so nebenher beschäftigte, die ja auch schon seit Jahr und Tag weder leben noch sterben können. Nun hat der Rörderschuß auf Rathenau die Dinge erneut ins Rollen gebracht, und das mit einer so furchtbaren Gewalt, daß selbst die verstockten Geister der Franzosen sich, im ersten Augenblick wenigstens, einigermaßen empfänglich zeigen. „So wie bisher geht es nicht weiter“, erklärte in der ersten Rathenau-Debatte Herr Dr. Birtz vor der deutschen Volksvertretung. So wie bisher geht es aber auch mit der Erfüllungspolitik nicht weiter, das müssen jetzt selbst ihre unbedingtesten Vertreter diesseits wie jenseits der deutschen Grenzen zugeben.

Die deutsche Regierung hält den Ententemächten vor, daß sich der Dollarkurs seit dem Mai 1921 von 60 auf 235 im März und auf 500 im Juli dieses Jahres erhöht hat. Das bedeuete selbst für den schon auf 720 Millionen Goldmark ermäßigten Betrag der Darlehenleistungen dieses Jahres die Aufbringung von 51,4 Milliarden Papiermark nach dem Märzstand und gar eine solche von 80 Milliarden nach dem Kurs dieser Tage, ungeredet die sonstigen Devisenverpflichtungen des Reiches aus dem Versailler Vertrag in Höhe der Alleinigkeit von jetzt rund 66 Milliarden Papiermark. Wie es also bei den bisherigen Zahlungsverpflichtungen, so müßte mit einer weiteren rapide fortschreitenden Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland gerechnet werden. Deshalb könne die deutsche Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weiteren Leistungen von Darzahlungen zunächst nicht in Aussicht stellen und müsse beantragen, sie zu mindern. Für den 15. Juli habe sie zwar bereits den fälligen Betrag zur Verfügung, er würde ihr aber sehr fehlen, wenn die demnächst eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen sind. Also würde es sich wohl empfehlen, ihr den erwähnten Betrag im Augenblick nicht zu entziehen. Die deutsche Regierung spricht des ferneren von dem „ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage“, die nur mit Unterstützung der Reparationskommission zu bessern sei. Sie halte zur Wiederherstellung des Marktkurses baldige Maßnahmen für erforderlich, die selbstverständlich über das Jahr 1922 hinausreichen müßten, auch für die Jahre 1923 und 1924 müßte Deutschland von Darzahlungsverpflichtungen freigestellt werden.

Ein ungeschminktes Bild unseres ganzen Finanzjammers, dem nun auch die Franzosen wohl oder übel ins Auge sehen müssen. Noch regen sich bei ihnen schwache Versuche, den altbekannten Unterschied zu machen zwischen der elenden Staats- und der blühenden Privatwirtschaft in Deutschland. Aber damit können sie heute wirklich keinen deutschfeindlichen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Selbst aus neutralen Kreisen, die uns noch bis vor kurzem nichts weniger als wohlwollend gegenüberstanden, hört man heute das Eingeständnis, daß der vielbewunderte industrielle Aufschwung der letzten Jahre in Deutschland doch offenbar nichts anderes als eine Scheinblüte gewesen sei. Jetzt erst hebe sich der Vorhang und dahinter werde ein Trümmerhaufen sichtbar, der schon für nahe Zukunft das schlimmste befürchten lasse. Nicht viel anders denkt heute schon in England, wer dort überhaupt eines unbefangenen Urteils fähig ist, von Amerika nicht zu reden, auf das ja die bekannten Darlegungen des Morganschen

Finanzkomitees einen sehr nachhaltigen Eindruck gemacht haben. In Frankreich war man unabweisbar auch schon seit Monaten so klug, nur hielt man es aus politischen Gründen immer noch für richtiger, sich dumm zu stellen. Heute sieht man endlich die Notwendigkeit ein, vorsichtig mit einzulenken in den Strom der öffentlichen Meinung, um nicht durch allzu hartnäckiges Festhalten an unhaltbar gewordenen Positionen wieder einmal ein europäisches Argernis zu geben. So soll also auch Herr Poincaré sich mit der vorläufigen Nichteinziehung der Juli-rate einverstanden erklärt haben, — womit ja kein irgendwie wesentlicher Anspruch unserer Gegner aufgegeben würde. Anders schon steht es um seine Zustimmung zu der von Deutschland erbetenen Verlängerung und Erweiterung des Moratoriums. Hier muß er natürlich abwarten, muß prüfen und prüfen lassen, muß überlegen und beraten, muß die Volkstimmung sich erst bilden, den üblichen Schrei nach Pfändern und Garantien, wenn nicht gar nach Sanktionen, sich entwickeln lassen, — nur das eine weiß er heute schon, daß er bis zum 15. August so weit sein wird, einen bestimmten Entschluß fassen zu können.

Also wieder einmal ein Spiel mit Fristen und Terminen, mit Konferenzen und Verschleppungen? Gibt man sich nur den Schein, zugerufen zu haben, will aber in Wirklichkeit alles beim alten lassen? Die Dinge entwickeln sich in diesem Sommer schon wieder schneller als in diesem Frühjahr, und niemand kann wissen, wie die Welt aussehen wird, wenn der Herbst ins Land kommt. Vier Wochen bedeuten ein Unendliches in diesem rasenden Ablauf der Dinge. Mit französischen Pfänderspielen ist nicht einmal Frankreich mehr, geschweige denn der todkranken Welt zu helfen.

Parlament und Gewerkschaften.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 13. Juli.

Die Beratungen über das Gesetz zum Schutz der Republik, die am Mittwochabend bis zur Annahme sämtlicher Paragraphen in zweiter Lesung geführt hatten, sind durch ein Eingreifen der Gewerkschaften in die parlamentarischen Arbeiten plötzlich wieder in ein kritisches Stadium getreten. Die Vertreter der A. D. G. U. und der KfA erschienen am Nachmittag im Reichstage und hielten mit den Führern der S. P. D. und der U. S. P. D. eine Besprechung ab, die zu dem Beschluß führte, daß das Schutzesetz in der Form, in die es durch die Abänderungsanträge gebracht wurde, für die beiden sozialistischen Parteien nicht annehmbar sei, und daß unter diesen Umständen, wenn die Forderungen der Linken nicht noch gebilligt würden, nur die Auflösung des Reichstags übrig bleibe. Außerdem müsse man nach wie vor auf der Einziehung der U. S. P. D. in die Koalition bestehen bleiben.

Dieser Beschluß wurde sofort dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten Ebert mitgeteilt und erregte bei den bürgerlichen Parteien großes Aufsehen. Besonders die Demokraten erklärten sofort sehr energisch, daß von einem Zurückweichen des Parlaments vor den Gewerkschaften gar keine Rede sein könne, und daß die Sozialdemokratie alle Verantwortung dafür tragen müsse, wenn das Eingangsgesetz scheiterte und durch die Reichstagsauflösung eine neue Erschütterung des Marktkurses und unserer außenpolitischen Stellung herbeigeführt werde. Andere Parlamentarier beurteilten die Situation weniger ernst, und sprachen von einem Rückzugsgesetz der Linken, während die Sozialdemokraten selbst, die als ganze Fraktion zu den Abmachungen ihrer Führer überhaupt noch nicht Stellung genommen hatten, die Meinung vertraten, daß ein anderer Weg als der von ihnen gewünschte, nicht gangbar sei.

Die Aktion ist noch völlig im Flusse, aber am Donnerstag überwoog doch bereits die Auffassung im Reichstage, daß auch diese Sache nicht so heiß gegessen würde, wie sie gelocht war. Die drei Koalitionsparteien traten zu Beratungen zusammen, um erst einmal genau festzustellen, welche Einzelheiten am Schutzesetz den Wünschen rechts und links am stärksten widersprechen, und wie man auf dem Wege gegenwärtiger Zugeständnisse zu einer mittleren Linie gelangen könnte, auf der das Gesetz von einer Mehrheit, die alle Parteien außer den Sozialisten auf der äußersten Rechten und Linken umfaßt, angenommen werden könnte. Eine besondere Rolle spielt dabei der in zweiter Lesung angenommene demokratische Antrag, welcher die Störung von Versammlungen unter schwerer Strafe stellt. Die Volkspartei macht ihre Zustimmung zum ganzen Gesetz von der Erhaltung dieser Bestimmung abhängig, während die Sozialdemokraten diesen Antrag bekämpfen.

Außer dem Schutzesetz muß noch das Beamtendisziplinargesetz und das Amnestiegesetz erledigt werden, dagegen wird man das Reichskriminalpolizeigesetz nicht mehr behandeln, da die Länder sich dagegen ausgesprochen haben. Wenn durch Vermittlung der Herren Ebert und Birtz eine allerdings noch sehr fragliche Einigung erzielt werden sollte, hofft man, am Sonntag die Arbeit vor der großen Sommerpause zu beenden, nicht ohne dabei noch den Rest der Steuererlasse und eine neue Diätenordnung für die nach soviel Anstrengung und Streit schwer abgekämpften Reichsboten selbst beschließen zu haben. Aber noch weiß niemand, ob diese Hoffnung nicht durch die neue noch nicht erledigte Krise wieder zerstört wird.

Wo sind die Rathenau-Mörder?

Verwischte und neue Spuren.

Berlin, 13. Juli.

Man hat die Mörder des Ministers Dr. Rathenau bekanntlich in der Gegend von Gardelegen gesucht und durch ein Alesenaufgebot von Kriminalbeamten und Streifenmandos der Schutzmannschaft aus Berlin und aus der Provinz Sachsen den ganzen Bezirk so gründlich absuchen lassen, daß Kern und Fischer hätten gefunden werden müssen, wenn sie überhaupt dort gewesen wären. Es hat sich aber nirgends eine Spur von ihnen finden lassen, und man darf vielleicht annehmen, daß die Spuren von bestimmter Seite künstlich verwischt worden sind, und daß man die Polizei auf falsche Fährten gelockt hat. Es ist dadurch viel kostbare Zeit verloren gegangen, und wenn die Mörder wirklich bei Gardelegen sich aufgehalten haben sollten, so haben sie inzwischen doch, da sie ja über Fahrräder verfügen, sicher einen so großen Vorsprung gewonnen, daß man sie jetzt vielleicht in Süddeutschland zu suchen haben dürfte.

Von verschiedenen Seiten wird allerdings behauptet, daß man sie noch immer in Mitteldeutschland zu suchen habe. Man will sie im Dorfe Schönning bei Helmstedt gesehen haben. Von hier aus sollen sie über Quedlinburg nach dem Harz gefahren sein, und angeblich die Bahn nach Thale benutzt haben. Hier sind sie aber nicht angekommen. Sollten sie sich jetzt tatsächlich im Harz befinden, so würde ihre weitere Verfolgung mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden sein, da sie sich in den dichten weitenweiten Harzwäldern lange Zeit verborgen halten könnten. Eine andere Spur soll nach Genthin führen. Es wäre, falls diese Spur nicht trägt, nicht ausgeschlossen, daß die Mörder versuchen wollen, nach Berlin zu gelangen, um hier vielleicht ihre finanziellen Verhältnisse aufzubessern, denn sie sollen ja, wie bereits gemeldet wurde, mit Geldmitteln nicht eben allzureich versehen sein. Die Behörden warnen alle Kreise der Bevölkerung noch einmal dringend davor, den freilebenden Mördern irgendwelchen Beistand zu leisten. Wer ihnen Asyl gewährt oder sie in irgendeiner anderen Weise unterstützt, macht sich einer Begünstigung im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig, und eine solche Begünstigung zieht schwere Freiheitsstrafen nach sich.

Deutscher Reichstag.

(222. Sitzung.)

CB. Berlin, 13. Juli.

Der Reichstag beriet gestern in einer bis in die Nacht ausgedehnten Sitzung das Gesetz zum Schutz der Republik in zweiter Lesung. Sämtliche 18 Paragraphen wurden mit einer Anzahl von Abänderungsanträgen angenommen. Der vorgesehene Staatsgerichtshof soll nach der jetzigen Fassung eine Besetzung von drei Reichsgerichtsräten und sechs Laienrichtern haben.

In der heutigen Sitzung wurde zuerst eine Anzahl kleiner Angelegenheiten erledigt. Der Gesetzentwurf, der die Regierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anhörung des Reichswirtschaftsrates mit Zustimmung des Reichstages die Eingangszölle zu erhöhen, herabzusetzen oder neue Zölle einzuführen, wurde in zweiter und dritter Beratung angenommen. Weiter wurde der Antrag der Koalitionsparteien auf Änderung der Reichsversicherungsordnung in verwaltungswirtschaftlichen Fragen in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich. Sodann kam man zur zweiten Beratung des Gesetzes über

Straffreiheit für politische Straftaten.

Nach dem vom Reichstag angenommenen Entwurf soll sich die Amnestie erstrecken auf Personen, die nach dem 4. August 1919 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich teilgenommen haben oder die von dem im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen beruhen.